

Feuerwehrhaus in Heiligenhafen: Landesförderung bleibt umstritten

Ostholsteins Landrat kritisiert das Wegfallen von Förderungen für Feuerwehrhäuser in Schleswig-Holstein und fordert ein Umdenken.

Die Entscheidung des Landes Schleswig-Holstein, die Förderung für den Bau von Feuerwehrhäusern nicht fortzuführen, löst Besorgnis in der Ostholsteiner Region aus. Die Auswirkungen dieses Beschlusses sind sowohl für die kommunale Sicherheit als auch für die Ehrenamtlichen, die in den Freiwilligen Feuerwehren tätig sind, von großer Bedeutung.

Sorgen um die öffentliche Sicherheit

Mit degradierten Förderungen stehen die Städte und Gemeinden vor großen Herausforderungen. Landrat Timo Gaarz (CDU) hat in einem offenen Brief an die Innenministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack (CDU) seine tiefen Bedenken zum Ausdruck gebracht. „Ein Rückgang bei der Unterstützung für Feuerwehrhäuser sendet ein besorgniserregendes Signal an die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer“, sagt Gaarz. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass in die öffentliche Sicherheit investiert wird, besonders in einer Zeit, in der Naturkatastrophen wie die Ostseesturmflut vergangenes Jahr eindrücklich gezeigt haben, wie wichtig gut ausgestattete Feuerwehren sind.

Langwieriger Neubau in Heiligenhafen

In Heiligenhafen wird seit sieben Jahren am Neubau eines

Feuerwehrhauses gearbeitet. Nach zahlreichen Vorplanungen wurde im Februar 2024 der Bebauungsplan in einer Sondersitzung der Stadtvertretung aufgestellt. Bürgermeister Kuno Brandt erläutert, dass die Stadt 2025 mit Baumaßnahmen beginnen möchte. Die geschätzten Kosten für die gesamte Infrastruktur belaufen sich auf über 4 Millionen Euro, wobei allein die neue Feuerwehrrache etwa 16 Millionen Euro kosten wird. „Die ursprüngliche Kalkulation von 2017 lag noch bei acht Millionen Euro“, erinnert sich Brandt.

Geringe Förderbeträge stehen in keinem Verhältnis

Bereits zugesagt wurde eine Landesförderung in Höhe von 119.500 Euro. Brandt beschreibt diesen Betrag als „nicht mal ein Tropfen auf den heißen Stein“ im Kontext der Gesamtinvestitionen. Der Bürgermeister spricht sich dafür aus, die Bauvorschriften für Feuerwehrrhäuser zu lockern, um zukünftige Verzögerungen zu minimieren, die durch umfangreiche Gutachten und bürokratische Hürden entstehen.

Forderung nach umfassenderer Unterstützung

Der jüngste Beschluss des Landes zeigt nicht nur die Herausforderungen für die lokale Feuerwehrinfrastruktur auf, sondern verdeutlicht auch die Notwendigkeit eines Umdenkens in der Förderpolitik. „Wir brauchen verlässliche Investitionen in unsere Feuerwehren. Nur so können wir die Sicherheit unserer Bürger gewährleisten“, appelliert Gaarz an die Behörden. Die Frage bleibt, wie die Kommunen mit dieser veränderten Unterstützung umgehen werden, insbesondere in Anbetracht der steigenden Anforderungen an die öffentliche Sicherheit.

– **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de